



Sehr geehrte Kolleginnen,
sehr geehrte Kollegen,

1. Internationaler Tag der älteren Menschen am 1. Oktober

Die Zukunft sieht alt aus. Das ist keine gruselige Voraussage einer versierten Wahrsagerin, sondern eine realistische Einschätzung zukünftiger Lebenswirklichkeiten. Das Schlagwort „demografischer Wandel“ gehört heute schon zum normalen Sprachgebrauch. In den nächsten 35 Jahren wird der Anteil der über 60-jährigen an der Weltbevölkerung bei rund 21 Prozent liegen. Diese Einschätzung erfordert zwar ein politisches und gesellschaftliches Umdenken, kann aber auch eine Bereicherung für unser aller Leben sein. Um auf die Chancen und anstehenden Herausforderungen in Bezug auf die immer älter werdende Gesellschaft aufmerksam zu machen und gleichzeitig die Diskriminierung älterer Menschen zu reduzieren, hat die UN-Vollversammlung den 1. Oktober im Jahr 1990 zum Welttag der älteren Menschen erklärt.

Worum geht es bei diesem Welttag?

Ältere Menschen sind heutzutage nicht mehr das, was sie noch vor 100 Jahren waren. Die medizinische Versorgung hat sich spürbar verbessert, und Menschen über 70 sind gesünder und agiler als je zuvor. Die Erfahrung und die Gelassenheit, welche die ältere Generation ins Wirtschafts-, Kultur- und Sozialleben mitbringt, kann ganz neue Impulse für unsere Zukunft liefern.

Doch es gibt natürlich auch eine bekannte Schattenseite des demografischen Wandels. Dadurch, dass in den nächsten 35 Jahren der Anteil der Erwerbstätigen, die in Rente gehen, immer größer wird, droht Deutschland - aber auch anderen europäischen Staaten - ein drastischer Anstieg der Sozialausgaben. Wie vor allen Bundestagswahlen hat die Rentendebatte in Deutschland bereits begonnen, und der nächste Streit ist wieder einmal vorprogrammiert.

Dennoch sehen die Vereinten Nationen, ebenso wie viele andere Organisationen positiv in die Zukunft und sind sich sicher, dass ältere Menschen eine Chance und keine Belastung für die Gesellschaft der Zukunft sein können, man muss nur gemeinsam Lösungen für das Problem der Rente und der medizinische Versorgung finden und den Wert der älteren Mitglieder einer Gesellschaft wieder mehr zu schätzen wissen.

Warum ist dieser Welttag der älteren Menschen so wichtig?

Die Art, wie die Gesellschaft mit den älteren Menschen umgeht zeigt, wie demokratisch und sozial ein Staat wirklich ist. Doch natürlich muss das Problem der immer älter werdenden Gesellschaft ernsthaft diskutiert werden, um möglichen negativen Konsequenzen frühzeitig vorzubeugen.

2. Pläne der Landesregierung zum Stellenabbau

Früher als erwartet hat die rot-gelb-grüne Dreyer Koalition in Mainz die Pläne vorgestellt, wie der Abbau von 2000 Stellen in der Landesverwaltung bewerkstelligt werden soll. Am

20. September hat im Zusammenhang mit einer Ministerratssitzung das Ministerium der Finanzen eine Pressemitteilung über die Stelleneinsparungen bis zum Jahr 2020 herausgegeben. 1 388 Stellen sollen dabei aufgrund sachlicher Erwägungen in den unterschiedlichsten Verwaltungsbereichen entfallen. In den Ministerien und Mittelbehörden sollen außerdem 600 Stellen eingespart werden. Einige dieser Maßnahmen waren bereits im Vorfeld bekannt geworden. Die genaue Sparliste finden sie in „durchblick“ Oktober 2016. Für den dbb rheinland-pfalz und seine Mitgliedsgewerkschaften ist das Streichkonzert der Landesregierung kein Ruhmesblatt. Ständig mehr Aufgaben zu erfüllen, mit immer weniger Personal wird nicht klappen, so die dbb Landesvorsitzende Lilli Lenz.

Dass auch in den Bereichen Bildung und Innere Sicherheit gespart werden soll, wertet die Landesvorsitzende als politische Bankrotterklärung der Ampel-Regierung. So soll entgegen des Koalitionsvertrages statt der zusätzlichen 270 neuen Lehrkräfte nun 310 Stellen abgebaut werden. Das könne darauf hindeuten auf die Schließung kleiner Schulstandorte bis hin zu Grundschulen, auf höhere Klassenzahlen sowie auf massive Abstriche bei der Lehrerfortbildung.

Das gleiche gilt für den Bereich der Polizei. So sollen in dieser Sparte des öffentlichen Dienstes, trotz des erkannten Personalbedarfs Stellen eingespart werden, weil ein neues Polizeipräsidium „Einsatz, Logistik und Technik“ eingerichtet wird und 50 Verwaltungsstellen überflüssig macht. Diese seltsame Logik kann ich als ehemaliger Polizeibeamter nicht nachvollziehen, dass durch die Einrichtung einer neuen Behörde Verwaltungsstellen überflüssig werden. Nach Auffassung der Deutschen Polizeigewerkschaft sind jährlich statt 500 neuer Anwärter die Einstellung von 600 Polizistinnen und Polizisten notwendig, bis in fünf Jahren eine spürbare Entlastung bei den Inspektionen eintritt.

Der geplante Abbau von 180 Stellen beim Landesbetrieb Mobilität wird die Zahl der maroden Straßen und Schlaglöcher weiterhin zunehmen lassen. Die Investitionen für Straßenbau wurden zwar um 120 Millionen € aufgestockt, wie diese aber mit weniger Personal ausgegeben werden sollen, steht in den Sternen.

Hier scheint der neue Verkehrsminister Wissing wieder neoliberalen Ideen nachzuhängen und öffentlich-rechtliche Aufgaben privatisieren zu wollen, wenn er den Dienst von privaten Ingenieuren nutzen will. Dabei hat es sich in der Vergangenheit bewiesen, der schlanke Staat ohne Personal, der von Politikern kaputt gesparte Staat, ist ein schlechter Staat für den Bürger.

Mit kollegialen Grüßen

Ihr


Landesvorsitzender